

„Es geht gar nicht asozialer“

Diskussion über den Sozialstaat in der Halle 02 – Ex-Sozialrichter Jürgen Borchert fordert mehr Umverteilung von oben nach unten

Von Jonas Labrenz

„Das Soziale zurück in die Politik“ fordern die Heidelberger Sozialverbände in einer großen Kampagne im Vorfeld der Bundestagswahl. Und so luden die Liga der freien Wohlfahrtspflege und das Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung am Dienstagabend drei Experten in die Halle 02 ein, um darüber zu sprechen, wo es fehlt. Und im Laufe des Abends stellte sich heraus: Überall!

Zwar wurden vergangenes Jahr über 900 Milliarden Euro über das Bundesministerium für Arbeit und Soziales umverteilt. Fast ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts wurde für Renten- und Krankenversicherung, Transferleistungen wie Sozialhilfe, Kindergeld und vieles mehr ausgegeben. Doch das Ergebnis lässt zu wünschen übrig: Immer mehr Menschen, besonders Kinder, sind von Armut bedroht, die Rente reicht für viele nicht zum Leben – und die Schere zwischen Arm und Reich bewegt sich weiter auseinander.

„Der Sozialstaat hat die klare Aufgabe, von oben nach unten zu verteilen“,



Die Halle 02 war gut besucht zur Auftaktveranstaltung der Kampagne „Das Soziale zurück in die Politik“ der Heidelberger Sozialverbände. Foto: Alex

stellte der ehemalige Sozialrichter Jürgen Borchert gleich zu Beginn klar. Doch dem komme der Staat im Moment immer weniger nach, zeigte er sich enttäuscht und wütend. Während Lohn- und Einkommenssteuer für Spitzenverdiener gesenkt würden, belasteten hohe indirekte Steu-

ern wie die Mehrwertsteuer kleine Einkommen immer stärker. Vor allem störte Borchert sich an der Bemessung der Sozialabgaben. Ein Satz für alle – und eine Grenze für Großverdiener: „Es geht gar nicht asozialer, als mit dieser Art der Beiträge soziale Verantwortung zu finanzieren“, ärgerte er sich.

Autonomie und Teilhabe seien der Kern der menschlichen Würde, erläuterte der Leiter des Instituts für Gerontologie, Prof. Andreas Kruse. Selbstbestimmt sein und am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können – das sind für ihn die Bedingungen eines würdevollen Lebens.

Dazu gehöre etwa, Unterstützung, die man bekomme, auch erwidern zu kön-

nen. „Und sei es nur ein symbolischer Akt“, wie etwa die Einladung auf einen Kaffee, so der Gerontologe. Er zeigte sich erstaunt darüber, wie wenig Angela Merkel und Martin Schulz vergangenen Sonntag beim TV-Duell über das Thema soziale Ungleichheit sprachen. „Es ist absolut notwendig, dass wir Rahmenbedingungen schaffen, in denen jeder seine Würde leben kann“, forderte Kruse. Und dazu gehöre auch mehr Gleichheit.

Was passiert, wenn nicht gegengesteuert wird, stellte Ulrike Hahn vom Diakonischen Werk Baden dar. Eine im Jahr 2009 unter dem Titel „Gleichheit ist Glück“ erschienene Studie habe aufgezeigt, dass bei größerer Einkommensungleichheit Suizide, Gefängnisstrafen, Krankheiten und sogar Schwangerschaften von Teenagern zunehmen. Der absolute Reichtum einer Gesellschaft spielte dabei gar keine Rolle.

Dazu kommen die politischen Folgen: „Wenn die Leute merken, dass es bergab geht, wachsen die Existenzängste – und das öffnet dem Extremismus Tür und Tor“, warnte Borchert zum Ende seines Plädoyers.